

Jakob von Weizsäcker

Europa neu denken.



Liebe Freunde,

es ist paradox. Die wirtschaftliche Lage in der EU verbessert sich. Die Wirtschaft wächst. Die Arbeitslosenquote sinkt. Die Löhne fangen wieder an zu steigen. Aber die politische Lage bleibt gefährlich. Die Rechtspopulisten gewinnen weiter an Zulauf. Immer mehr Menschen in Europa setzen auf Renationalisierung. Das sind nicht alles gestrige Nationalisten. Viele sind schlicht enttäuscht, dass Europa ihre Probleme nicht löst. Und diese Probleme sind real.

Es ist großartig, dass es uns mit Schengen gelungen ist, die Grenzen innerhalb der Europäischen Union abzuschaffen. Es ist großartig, dass wir mit dem Euro eine gemeinsame Währung für die Europäische Union geschaffen haben. Aber Schengen geht schief, wenn die Flüchtlingspolitik national bleibt und wir statt gemeinsamer Regeln für den humanitären Umgang mit Flüchtlingen hochproblematische Abkommen mit der Türkei und Libyen eingehen. Und der Euro geht schief, wenn die Finanzpolitik national bleibt und es stattdessen eine verlorene Generation in Krisenländern und weiterhin ungezügelter Steuerwettbewerb zugunsten der Großkonzerne gibt.

Doch eine glaubwürdige europäische Flüchtlingspolitik und eine europäische Finanzpolitik, die wirklich funktioniert, haben wir noch immer nicht. Von den anspruchsvolleren Herausforderungen einer wirksamen europäischen Klimapolitik, Sozialpolitik und Sicherheitspolitik ganz zu schweigen. Anders gesagt: Das Merkelsche Durchwursteln als Problemlösungsstrategie war viel zu langsam. Wenn man in dem Tempo weiter machte, könnten die Rechtspopulisten wohl das politische Wettrennen gewinnen und Europa zerstören. Auch deshalb darf es mit der SPD ganz bestimmt kein „weiter so“ geben.

Umgekehrt darf die SPD auch nicht die historische Chance vermessen, die sich mit den europapolitischen Vorschlägen des französischen Präsidenten Macron bietet, nämlich endlich klar die Probleme zu benennen und sie beherzt zu lösen. Deshalb muss Deutschland eine überzeugende Antwort auf Macron geben und dringend eine echte deutsch-französische Initiative zur Lösung der Probleme der Europäischen Union auf den Weg bringen. Deshalb müssen wir mit der CDU/CSU reden, mit dem klaren Ziel, die Probleme Europas endlich gemeinsam mit Macron zu lösen und den Rechtspopulisten damit den Wind aus den Segeln zu nehmen, denn ohne die ungelösten Euro-Probleme und Schengen-Probleme wäre die AfD überhaupt nicht im Bundestag.

Wenn diese Problemlösung gelänge, dann wäre das der richtige Weg für Europa, Deutschland und die Sozialdemokratie. Und wenn die Gespräche an Europa und speziell an der Zögerlichkeit von Frau Merkel und der deutschnationalen Brille der Herren Söder und Spahn scheitern sollten, was leider durchaus passieren kann, dann dürfte es Neuwahlen geben. Und dann müsste die SPD aus dem letzten Wahlkampf klug werden und das Thema Europa nicht wieder verstecken, sondern klar sagen, dass wir die Europapartei sind. So oder so wird das kommende Jahr ein Entscheidungsjahr für die Sozialdemokratie und für Europa, das von uns allen viel Kraft und Mut erfordern wird.

Eine besinnliche und erholsame Weihnachtszeit und einen beschwingten Start ins Jahr 2018 wünscht Euch



Euer Jakob Weizsäcker

THEMEN

IN BRÜSSEL..... 1

LIIKANEN UND DIE GROßBANKEN 1

STEUERVERMEIDUNG BEKÄMPFEN..... 1

DIE EU UND INDIEN: CHANCE AUF EINE ENGERE PARTNERSCHAFT? 2

SERIE: KOLLEGEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT - RÓŽA THUN 3

IN THÜRINGEN..... 4

JUNG UND ALT IN STRAßBURG UND BRÜSSEL 4

ROLLENTAUSCH: SCHÜLER HALTEN REDEN ZU EUROPA 4

WELTPOLITIK IN ERFURT 5

VERANSTALTUNGSAUSBLICK..... 6

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN 6

IN BRÜSSEL

LIIKANEN UND DIE GROßBANKEN



Wenn es darum geht zu verhindern, dass die größten Banken in Europa auch in Zukunft ihre Gewinne privatisieren und ihre Verluste in Krisenzeiten sozialisieren, ist die Lage ernst, aber nicht hoffnungslos.

Zum Hintergrund: Nach der Finanzkrise berief die Europäische Kommission eine Expertengruppe unter Leitung des finnischen Notenbankchefs Erkki Liikanen ein. Diese Expertengruppe kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass eine Trennbankengesetzgebung erforderlich sei, um den europäischen Steuerzahler vor den Gefahren zu schützen, die von den globalen Großbanken ausgehen. Daraufhin brachte die EU-Kommission einen entsprechenden Gesetzesentwurf auf den Weg, für den ich für die Sozialdemokratie im Parlament zuständig wurde. In dieser Funktion gelang es, die Ver-

wässerung der europäischen Trennbankenregelung für die größten Banken der EU durch die Christdemokraten und Liberalen im Ausschuss zu stoppen und später sogar eine Einigung für eine echte Bankstrukturreform mit den Christdemokraten zu erzielen.

Aber aufgrund massiven Drucks der betroffenen Großbanken machten die Christdemokraten dann plötzlich einen Rückzieher und so war die Trennbankengesetzgebung im Parlament blockiert, bis schließlich die EU-Kommission vor einigen Monaten beschloss, den Gesetzentwurf zurückzuziehen, unter anderem mit der Begründung, dass aufgrund der Vielzahl der in der Zwischenzeit beschlossenen Finanzregulierungsgesetze die Gefahren, die von den Großbanken für den Steuerzahler ausgehen, anderweitig gebannt worden seien. Großbanken, Christdemokraten und Liberale jubelten. Bis ich die Chance bekam, die Kommission darum zu bitten, ihre Einschätzung, dass die Trennbankenregelung sich nunmehr erübrigt habe, durch die Liikanen-Expertengruppe überprüfen zu lassen, was mir der zuständige Kommissar vielleicht etwas leichtfertig zugestand. Nun wird es nochmal spannend!

STEUERVERMEIDUNG BEKÄMPFEN



Die Enthüllungen der Süddeutschen Zeitung rund um die Paradise Papers haben wieder einmal Steuervermeidungspraktiken multinationaler Firmen offengelegt. Komplizierte Geflechte

aus Offshore-Firmen führen dazu, dass Konzerne ihre Steuersätze massiv senken können. Dass sich daran - auch nach Jahren von immer neuen Skandalen - noch nichts Grundlegendes geändert hat, ist bedrückend. Denn wir wissen: Steuervermeidung führt zu sozialer Ungerechtigkeit; sie trifft die Schwächeren und hilft den Vermögenden. Der Einsatz für eine faire Besteuerung sowohl in der Real- wie auch in der Digitalwirtschaft muss deshalb eine sozialdemokratische Priorität bleiben. Im nächsten Jahr müssen wir insbesondere an drei Stellen endlich vorankommen, was auch Schlüsselfragen in der Sondierung mit der Union sein müssen, die hier immer wieder blockiert hat:

- 1) Die bestehenden Steuergesetze müssen an die Digitalisierung angepasst werden. Vor allem die großen US-Internetkonzerne zahlen weit niedrigere Abgaben als andere Unternehmen. Wir benötigen daher ein Besteuerungskonzept für digitale Monopolisten, wie Facebook und Google.
- 2) Wir brauchen eine gesamteuropäische Lösung bei der Unternehmensbesteuerung, um den schädlichen Steuerwettbewerb zu unterbinden. Gleichzeitig muss eine Abwehrstrategie gegen Steueroasen weltweit entwickelt werden. Deutschland und Frankreich sollten hier gemeinsam vorangehen, wenn es nicht gelingt, mit allen Mitgliedsstaaten gemeinsam eine Lösung zu finden. Ein solcher deutsch-französischer Ansatz müsste insbesondere wirksame Abwehrmechanismen gegen Steueroasen innerhalb der EU mit einschließen.
- 3) Schließlich muss die EU eine einheitliche und starke Antwort auf die anstehende Unternehmenssteuersenkungsreform in den USA finden, die die EU sonst stark unter Druck setzen könnte.

DIE EU UND INDIEN: CHANCE AUF EINE ENGERE PARTNERSCHAFT?



Als Mitglied der Indiendelegation des Europäischen Parlaments beschäftige ich mich immer wieder intensiv mit dem Subkontinent. Erst Ende Oktober war ich zuletzt in Delhi. Wichtiges Thema meiner politischen Gespräche, unter anderem mit dem indischen Handelsminister: das geplante Handelsabkommen zwischen Indien und der EU. Dass seit 10 Jahren kein Schwung in die Verhandlungen zwischen EU und Indien - den beiden größten Demokratien der Welt - kommen will, finde ich beunruhigend. Denn wie soll es mit den besseren Regeln für die Globalisierung klappen, wenn entsprechende Vereinbarungen selbst mit Ländern, deren Werte uns

vergleichsweise nahe sind, nicht zustande kommen. Anfang Dezember konnte ich dann eine hochrangige Delegation aus Indien zu einer Veranstaltung im Parlament begrüßen. Man war sich einig: Europa und Indien würden beide von engeren Beziehungen profitieren. Jetzt gilt es, dass beide Seiten einen Schritt aufeinander zu machen, um einen Neustart der Verhandlungen zu ermöglichen.

SERIE: KOLLEGEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT - RÓŻA THUN



Seit 2009 sitzt Róża Thun für die polnische Bürgerplattform PO im Europäischen Parlament. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz und Binnenmarkt und berichtet hier von ihrer politischen Arbeit.

Was ist die Motivation für Deine politische Arbeit?

Wir vergessen manchmal, dass unser gegenwärtiges europäisches Projekt einmalig in der Weltgeschichte ist. Europäische Integration schafft Frieden und Sicherheit für uns alle. Auf sich allein gestellt könnten die Staaten das nicht im gleichen Maße. Im Europäischen Parlament arbeiten wir außerdem daran, das Leben der Europäer so einfach und angenehm wie möglich zu gestalten. Dies betrifft nicht nur offene Grenzen, sondern auch Konsumentenrechte, die Beschäftigungspolitik, die Verbesserung der Bildung und den gemeinsamen ökonomischen Fortschritt. Ich glaube, dass jeder europäische Bürger zu der Entwicklung Europas beitragen kann.

Was sind Deine politischen Prioritäten im Europäischen Parlament?

Als Mitglied des Ausschusses für den Binnenmarkt und Verbraucherschutz gehört es für mich zu den obersten Prioritäten, unnötige Barrieren im Binnenmarkt abzubauen. In der Vergangenheit habe ich mich beispielsweise besonders für die Abschaffung der Roaminggebühren eingesetzt. Zurzeit ist es mein Ziel, den e-Commerce Sektor in Europa zu stärken. Die letzten eineinhalb Jahre leitete ich als Berichterstatterin die Arbeit an der sogenannten Geblocking-Regulierung, zu der sich Parlament und Rat kürzlich geeinigt haben. Die neuen Regeln werden beispielsweise die Diskriminierung nach Herkunft beim Online-Einkauf beheben.

Nun steht für mich ein weiterer Aspekt der Diskriminierung beim Onlineshopping im Fokus, nämlich qualitative Unterschiede eines Produktes je nach Versandland.

Seit dem Regierungsantritt ist die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) im Konflikt mit Brüssel. Warum?

Die polnische Regierung scheint nicht zu begreifen, dass wir ohne eine gut funktionierende Europäische Union mit 500 Millionen Bürgern im globalen Gefüge unsichtbar sein werden. Wir können die rasanten Globalisierungsprozesse nicht aufhalten, aber wir können sie beeinflussen. Dies ist nur mithilfe einer starken Kooperation der Länder möglich. Ich habe bereits in einem Polen vor dessen EU-Beitritt gelebt - und ich möchte die Uhr nicht zurückdrehen. Leider ist diese Perspektive unter der neuen Regierung denkbar geworden. Ich fürchte, dass die PiS Polen aus der EU führen möchte und dafür alle verfügbaren Mittel und Tricks einsetzen wird. Das geben sie nicht offiziell zu, weil sie wissen, dass viele Polen Europa-Enthusiasten sind. Wir wissen, dass ein Ausscheiden Polens aus der EU eine Tragödie wäre, vor allem für zukünftige Generationen. Aber man sollte nicht vergessen, dass nur 19% der Polen in 2015 für Kaczyńskis Partei gestimmt haben. Sie haben die parlamentarische Mehrheit - doch dies legitimiert keine Verfassungsänderung oder einen Bruch der Grundfreiheiten. Es ist schön zu sehen, dass die EU Interesse an der Situation in Polen hat. Trotzdem liegt es vor allem an uns, meinen Mitbürgern, die Situation in Polen zu ändern. Wir haben das schon einmal in den 80er Jahren geschafft und ich glaube fest daran, das noch einmal schaffen zu können.

Wenn Du einen Wunsch frei hättest, welche Reform würdest Du in Europa umsetzen?

Wenn ich mich für eine Reform entscheiden müsste, dann wahrscheinlich für den Umweltschutz. Wir müssen für den Klimawandel Verantwortung übernehmen und in saubere Energiequellen und Naturschutz sowie Forschung und Entwicklung in diesen Bereichen investieren. Aber Europa steht noch vor vielen anderen

Herausforderungen. Die Migrationspolitik erfordert unsere Anstrengungen. Die heutige Gesellschaft unterliegt einem rasanten Wandel und wir müssen lernen von kultureller Vielfalt zu profitieren. Wir brauchen außerdem eine starke und wirklich gemeinsame Europäische Außen-

und Sicherheitspolitik. Wir sollten sowohl an guter Integration innerhalb der Länder arbeiten als auch auf gute Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten achten. Kleinere Themen? Die Harmonisierung der Mehrwertsteuer und der Urheberrechte würden einen echten Mehrwert für Onlineanbieter mit sich bringen.

IN THÜRINGEN

JUNG UND ALT IN STRAßBURG UND BRÜSSEL



Reisen verbinden Menschen. Politische Reisen bringen darüber hinaus auch Zusammenhänge ans Licht, die bisher verborgen oder gar fremd erschienen. Auch deshalb freue ich mich, dass sich meine Besucherfahrten zum Europäischen Parlament immer wieder großer Beliebtheit erfreuen. Um der Nachfrage wenigstens halbwegs gerecht zu werden, habe ich in den letzten Monaten gleich zwei größere Fahrten angeboten. Im Oktober ging es nach Straßburg, Ende November besuchte mich eine Gruppe

mit vielen SPD-Neumitgliedern dann in Brüssel. Der jüngste Teilnehmer war 15 Jahre alt, der älteste 77. Und bei allen gab es großes Interesse für Europa und Bereitschaft, auch bis in die späten Abendstunden hinein miteinander über die europäische Zukunft zu diskutieren. Solche Begegnungen geben mir Kraft für meine politische Arbeit!

Wer Interesse an einer Fahrt hat und angesichts der vorhandenen Warteliste etwas Geduld mitbringt, kann sich jederzeit im Wahlkreisbüro vormerken lassen.

ROLLENTAUSCH: SCHÜLER HALTEN REDEN ZU EUROPA



Auf Schulbesuche und die spannenden Fragen der Schülerinnen und Schüler freue ich mich an meinen Wahlkreistagen ganz besonders. In der

Regel berichte ich dabei zu Anfang der Unterrichtsstunde von meiner parlamentarischen Arbeit. Doch neulich war es ganz anders. In der Aktivschule, der ersten Erfurter Gemeinschaftsschule, durfte ich einen spannenden Rollentausch erleben. Im Rahmen eines Europaprojekts hatten alle Schülerrinnen und Schüler der ersten Erfurter Gemeinschaftsschule ihre eigene fünfminütige Rede zu Europa vorbereitet. Diesmal war ich Zuhörer – mit großer Freude. Denn fast alle Reden waren nicht nur inhaltlich spannend sondern wurden auch noch mit

Schwung vorgetragen. Am Ende durfte ich versuchen, die aufgeworfenen Fragen der Jugendlichen zu beantworten. Ein großartiges Format!

In den letzten Monaten war ich außerdem noch an der Gemeinschaftsschule Oldisleben, am Berufsbildungszentrum Schmalkalden und an der Gemeinschaftsschule „Am Inselberg“ in Bad Tabarz. Mein Wahlkreisbüro nimmt Einladungen an örtliche Schulen gerne in die Terminplanung auf.

WELTPOLITIK IN ERFURT



Wie können Deutschland und Frankreich gemeinsam erforderliche Lösungen für die EU entwickeln und zusammen mit unseren europäischen Partner auf den Weg bringen? Mit fast hundert Besuchern war das Interesse der Erfurter an diesen Themen sehr groß. [Einen Bericht der Thüringischen Landeszeitung finden Sie hier](#). Herzlichen Dank an die Friedrich-Ebert-Stiftung und insbesondere an Paul Pasch für die Organisation der Veranstaltung.

Am 23. November ging es im Haus Dacheröden auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung um die richtige Antwort Europas auf die aktuellen außenpolitischen Herausforderungen. Mit Sylvie Goulard, der ehemaligen französischen Verteidigungsministerin und Thomas Kleine-Brockhoff, ehemaliger Leiter des Planungs- und Redenstabs des Bundespräsidialamts und jetzt Vize-Präsident des German Marshall Funds standen mir zwei langjährige Freunde als hochgeschätzte Gesprächspartner zur Verfügung. Wir diskutierten die großen Fragen: Wie sollen wir mit Trump umgehen? Was kann Europa dazu beitragen, um einer gefährlichen Eskalation von außenpolitischen Konflikten entgegenzuwirken?

VERANSTALTUNGSAUSBLICK

- **„Mit Rechten reden“** – Buchpräsentation mit Autor Maximilian Steinbeis sowie Prof. Benjamin Hoff und Diana Lehmann, am 11. Januar, 19.30 Uhr im Haus Dacheröden.
- **„Quo vadis, Polen“** – Diskussion mit Roza Thun, Mitglied des Europäischen Parlaments für Polen, am 8. März, 19.00 Uhr in Erfurt. Der genaue Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben.
- **„Bezahlbarer Wohnraum“** – Diskussion des Zukunftsforums der Thüringer SPD „Gesellschaft im Wandel“ mit Frank Warnecke, MdL, Prof. Barbara Schöning (Bauhaus Universität Weimar) und Silke Wuttke (Geschäftsführerin WbG Zukunft) am 15. März, 19.00 Uhr in Erfurt. Der genaue Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben.

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN

- [„Deutschland braucht endlich eine Antwort auf Macron“](#) – Gastbeitrag im Tagesspiegel mit Elmar Brok und Reinhard Bütikofer, 5. Dezember 2017.
- [„Macron und der Mehrwert Europas“](#) – Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau, 29. September 2017.

Kontakt:

Wahlkreis: Andreasstraße 30, 99084 Erfurt | Tel.: 0361 602 573 60 | jakob.wahlkreis@weiz-saecker.eu

Büro Brüssel: Europäisches Parlament, ASP 12G346, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel | Tel.: +32 2 28 47267

| jakob.vonweizsaecker@europarl.europa.eu | www.jakob.weiz-saecker.eu | [Facebook](#)